

KVN Kraftfahrzeug-Verwertung-Nord

**Verwertung von Kraftfahrzeugen aller Art
Verkauf von gebr. Ersatzteilen
LKW An- & Verkauf**

KVN Segeberger Landstr. 50-52, 24619 Bornhöved

Steuernr. 24 053 01521

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Bornhöved, 09. Juni 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben möchte ich Sie auf die katastrophalen Bedingungen der Nutzfahrzeug- und Speditionsbranche aufmerksam machen.

Die zurzeit herrschende Wirtschaftskrise betrifft die gesamte Bevölkerung der Welt. Ein fataler Fehler ist die totale Fehlentscheidung Ihrerseits, eine zusätzliche Mauterhöhung für Fahrzeuge der Schadstoffklasse Euro 0 bis Euro 5 in dieser Zeit zu beschließen. Ich vermute, dass Sie zu diesem Zeitpunkt gerade Scheuklappen getragen haben und sich über das dadurch verheerende Ergebnis nicht im Klaren waren. Sie haben durch Ihre absurde Mauterhöhung dazu beigetragen, dass tausende langjährig existierende Betriebe zahlungsunfähig wurden und die Insolvenz beantragen mussten. Viele mittelständische Transportbetriebe haben sich in vielen Jahren mit Fleiß und Arbeit „stille Reserven“ durch die eigenen Fahrzeuge geschaffen, so wie auch wir. Jedoch haben Sie durch Ihre politische Inkompetenz es geschafft, die durch die Wirtschaftskrise gefallenen Gebrauchtwagenpreise nochmals um 50 % zu reduzieren und damit z. B. unsere „stillen Reserven“ nach Ablauf der Leasing / Finanzierung von 700.000,00 Euro auf minus 1,5 Millionen zu bringen.

Für das von Ihnen im Negativen geleistete bedanken wir uns bei der Bundesregierung recht herzlich!

Hausanschrift
Segeberger Landstr. 50-52
24619 Bornhöved

Handy 0171-6747606
Tel.: 04323-802940
Fax. 04323-802942

Segeberger Volksbank
Kto. 79210550
BLZ.21290016

Inhaber
Thomas Bauer
Ust-IdNr.: DE189605458

Seit 25 Jahren bin ich im Nutzfahrzeug-Handel tätig.

Mein Betrieb besteht seit 12 Jahren und hat sich mit dem Handel von Nutzfahrzeugen einen guten und ehrlichen Namen erworben. Vor etwa vier Jahren haben wir uns zusätzlich auf den Bereich Nutzfahrzeug-Vermietung spezialisiert. Wir haben unseren Jahresumsatz von 1,2 auf 4,3 Millionen erhöht und dementsprechende Steuern an die Bundesregierung gezahlt. Außerdem wurden von uns neue Arbeitsplätze geschaffen. Ich vermute, da Vermutungen jederzeit ausgesprochen werden dürfen, dass Sie nicht in der Lage sind oder es nicht wollen, die mittelständischen Betriebe zu unterstützen; Sie sehen sich lediglich in der Lage, Großkonzerne mit Geldern und Bankbürgschaften zu unterstützen. Diese öffentlichen Gelder, die Sie im Namen der deutschen Bevölkerung verteilen, sind ohne Zustimmung dieser vergeben worden. Bei einer Investition dieser Höhe hätte eine Volksabstimmung darüber stattfinden müssen.

Des weiteren haben Sie Jahrzehnte keine Gelder für Kindergärten und Schulen bereitstellen können; jedoch nachdem Banken wie die HRE usw. Deutschland durch Ihre finanzielle Gier in den Ruin treiben, war es plötzlich möglich, diesen Gelder in Milliardenhöhe zur Verfügung zu stellen.

Hinzu kommt noch die Insolvenz-Verschleppung, die Sie unseren mittelständischen Betrieben anhängen wollen. Vergleichen wir unsere Staatsform mit einer GmbH: Die Gesellschafter (das Volk) bringt seine Gesellschaftsanteile ein. Sie werden jedoch von den Geschäftsführern (der Regierung) betrogen, d. h. die Gesellschafter sind gezwungen, weitere Gelder in die GmbH einzubringen. Diese Gelder heißen in diesem Fall Steuern.

Die Gesellschafteranteile sind zurzeit keinen Euro wert, da die Geschäftsführer nicht in der Lage sind, den Gesellschaftern eine Rendite bzw. das wirtschaftliche Überleben zu sichern. Hätte ich als Geschäftsführer so gehandelt, würde ich bei der Firma Kraftfahrzeug-Verwertung-Nord mit sofortiger Wirkung als Geschäftsführer abgesetzt werden.

In diesem Fall aber hätte ich, im Gegensatz zur Regierung, „**nur**“ mein eigenes persönliches wirtschaftliches Überleben zerstört.

Zusätzlich haben Sie es geschafft, tausenden von Kindern, die den Betrieb Ihrer Eltern übernehmen wollten, die Zukunftsperspektive zu nehmen. In diesem Fall wird es zu meinem größten Bedauern höchstwahrscheinlich auch meinen Sohn betreffen.

Wir selbst werden wohl in der nächsten Zeit gezwungen sein, die Insolvenz zu beantragen, da viele der Speditionen, die Fahrzeuge der Klasse Euro 3 bei uns gemietet haben, durch die erhöhten Kosten zahlungsunfähig geworden sind. Unsere Insolvenz hätte wiederum zur Folge, dass die restlichen Speditionen die bei uns gemieteten Fahrzeuge verlieren würden und jetzt Ihrerseits befürchten, keine Aufträge mehr annehmen zu können und damit in den Konkurs zu gehen. So etwas nennt man Kettenreaktionen, wie sie momentan in Deutschland zu tausenden stattfinden.

Es ist unfassbar, dass die Bundesregierung sich nicht in der Lage sieht, diese zumeist mittelständischen Betriebe aufzufangen oder zu unterstützen.

Durch dieses Schreiben möchte ich nicht meine persönliche Haut retten, sondern den Spediteuren und Subunternehmern helfen.

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland erwarte ich von Ihnen als Regierung eine Stellungnahme zu diesem Anschreiben. Ich fordere in meinem Namen Hilfe für das Transportgewerbe und betone, dass ich hiermit keine staatlichen finanziellen Mittel für mich beanspruche.

Da ich mir in meiner jahrelangen Tätigkeit als Händler bzw. Nutzfahrzeug-Vermieter einen sehr, sehr guten Namen bei hunderten von Händlern und Spediteuren gemacht habe und mit jedem im persönlichen Kontakt stehe, bin ich mir sicher, dass ich im Gegensatz zu den Gewerkschaften es schaffen werde, eine sehr große Menge von Spediteuren und Händlern zu finden, die gemeinsam mit mir unsere Interessen wahrnehmen werden.

Ich teile Ihnen vorsorglich mit, dass dieses Schreiben per Post bzw. per Internet an verschiedene Medien gesandt wird und es in Kürze auf dem Internet-Portal LKW-mobile.de erscheint, welches das ideale Portal dafür ist, noch wesentlich mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung zu bekommen, da dieses täglich in sehr hoher Zahl von gerade diesen Gewerbebetreibenden besucht wird.

Ich hoffe, Sie mit diesem Schreiben auf diese in Kürze eskalierende Lage aufmerksam gemacht zu haben und Sie dazu zu bringen, Ihre Scheuklappen gegenüber den allgemein mittelständischen Betrieben, ohne deren Hilfe der Staat nicht in der Lage ist, finanziell weiter zu existieren, abzulegen und mit sofortiger Wirkung geradlinig und ohne falsche Versprechungen zu handeln. Dieses wird Ihnen sicherlich sehr schwer fallen, jedoch aller Anfang ist schwer.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Bauer